



Projekt Berliner Register – auf einen Blick

Das Projekt

Die Berliner Register dokumentieren extrem rechte und diskriminierende Vorfälle in Berlin, um Diskriminierung sichtbar zu machen und Betroffene zu unterstützen. Die Berliner Register sind ein Projekt-Netzwerk. Jede der bezirklichen Registerstellen ist bei anderen Trägervereinen angesiedelt. Seit der Gründung des ersten Registers 2005 in Pankow sind inzwischen in allen Berliner Bezirken Registerstellen eingerichtet. Zum Netzwerk gehören über 230 Anlaufstellen sowie Community-basierte Dokumentationsstellen.

Unterschied zur Kriminalstatistik

Die Register erfassen nicht nur strafbare Vorfälle, sondern auch solche, die rechtlich nicht verfolgt werden oder nicht angezeigt wurden. Die Daten stammen aus direkten Meldungen von Betroffenen und Zeug*innen, aus Medienberichten sowie von Beratungsstellen und anderen Dokumentationsstellen.

Warum ist das wichtig?

Die Arbeit der Register macht Diskriminierung sichtbar, zeigt Entwicklungen auf und ermöglicht gezielte Gegenmaßnahmen. Sie unterstützen Betroffene, fördern gesellschaftliche Solidarität und bieten wertvolle Daten für Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Quellen

Die Register erfassen nur Vorfälle, die ihnen gemeldet oder aus verlässlichen Quellen wie Beratungsstellen, Medien oder Polizeiberichten bekannt werden. Da viele Vorfälle unbemerkt bleiben oder nicht gemeldet werden, liegt die tatsächliche Zahl diskriminierender und rechtsextremer Vorfälle vermutlich deutlich höher. Die Register liefern daher keine vollständige Statistik, sondern eine qualitative Bestandsaufnahme und zeigen Tendenzen, Muster und Veränderungen im Stadtgeschehen auf.

Verifizierung der Vorfälle

Meldungen werden auf Glaubwürdigkeit geprüft. Dabei wird die Quelle berücksichtigt, ggf. um Belege (z. B. Fotos) gebeten und mit bereits dokumentierten Vorfällen abgeglichen. Jeder aufgenommene Vorfall wird einem Datum, einer Art des Vorfalls, einer inhaltlichen Zuordnung und einem Berliner Ortsteil zugeordnet. Anhand dieser Merkmale ist später eine Auswertung möglich. Die Register nehmen jeden Vorfall nur einmal auf.

Inhaltliche Zuordnung

Die Vorfälle werden, basierend auf Erkenntnissen der Rechtsextremismusforschung und der Theorie der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, Kategorien zugeordnet. Dazu zählen Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit, Feindschaft gegen Obdachlose und Menschen mit Behinderung, Antifeminismus sowie die Verherrlichung des Nationalsozialismus. Die Register ergänzten zwei Kategorien, weil sie zu den Aktionsfeldern von Neonazis zählten, nämlich Angriffe auf politische Gegner*innen und rechte Selbstdarstellung. Letztere umfasst Vorfälle, die ausschließlich dem Zweck dienen, extrem rechte Organisationen, Symbole oder Internetseiten zu bewerben.

Datenschutz und Anonymisierung

Die Berliner Register arbeiten auf Grundlage der DSGVO. Kontaktinformationen werden nur für die Verifizierung genutzt und anschließend gelöscht. Es werden keine personenbezogenen Daten veröffentlicht. Alle Vorfälle werden so anonymisiert dargestellt, dass Betroffene und Täter*innen nicht aus den Chronikeinträgen erkennbar sind. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens werden nur genannt, wenn es für das Verständnis des Vorfalls relevant ist.

Finanzierung

Das Projekt wird durch das Berliner Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung gefördert.

Die Koordinierung der Berliner Register ist ein Projekt in Trägerschaft der pad gGmbH, Kastanienallee 55, 12627 Berlin
GF.: Dr. W. Drahs, Hr. A. Wächter
E-Mail: info@pad-berlin.de



Die Berliner Register erhalten Fördermittel des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

